

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

260 (7.6.1918) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitaus größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Hiesgarion. Chefredakteur: Albert Herzog. Verantwortlich für den Textteil: Anton Rudolph; für den Anzeigenteil: A. Hinderpacher, sämtl. in Karlsruhe i. V. Berliner Vertretung: Berlin W 10

Anzeigen: Die Spalte, Kolonelle 30 Pfg. Die Reklamezeile 1 Mk., Reklamen an 1. Stelle 1,25 Mk. die Zeile, außerdem 20% Feuerungszuschlag. Bei Wiederholungen tariflicher Rabate, bei der Nichtentladung des Hefts, bei gerichtlichen Vertretungen und bei Konfirmationen außer Kraft tritt. Volkshel. Kont.: Karlsruhe Nr. 8359.

Bezugs-Preise: Ausg. A ohne „Illustr. Weltansch.“ Ausg. B mit „Illustr. Weltansch.“ In Karlsruhe: Ausgabe A monatlich 1,12 1,32 Ausgabe B 1,25 1,45 Im Verlage abgeholt 1,12 1,32 in d. Zweigstellen 1,25 1,45 frei ins Haus geliefert 1,25 1,45 Aufwärts: bei Abholung a. Postkassette 1,12 1,33 Durch d. Briefträger tägl. 2mal ins Haus 1,36 1,57 Einzel-Nummer . . . 10 Pfg. Geschäftsstelle: Stiel- und Sammler-Edel, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.

Nr. 260. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Freitag den 7. Juni 1918. Telefon: Redaktion Nr. 808. 34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

Deutscher Vorstoß am Kemmel. Feindliche Teilangriffe an der Aisne abgewiesen. Die feindlichen Ardre-Linien genommen.

W.B. Großes Hauptquartier, 7. Juni. (Amtl.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Zeitweilig auflebender Artilleriekampf. Regere Erkundungstätigkeit. Bei einem Vorstoß in die französischen Linien westlich vom Kemmel nahmen wir 2 Offiziere und 50 Mann gefangen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Schlachtfeld blieb die Gefechtsfähigkeit auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau Thierry wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Südöstlich von Sarnez nahmen wir nach starker Artillerievorbereitung die feindlichen Linien beiderseits der Ardre. Wir machten 300 Gefangene.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die neue Amerika-Linie der U-Boote.

Karlsruhe, 7. Juni. Die Welt, der es an Kriegsschauplätzen auch zuvor nicht fehlte, ist um einen neuen Kriegsschauplatz reicher geworden. Deutsche Unterseeboote, vorläufig, wenn die Neutermelungen zutreffen, zwei, sind an der amerikanischen Küste erschienen und haben bis jetzt etwa fünfzehn Schiffe versenkt. Die peinliche Ueberwachung hat denn auch logisch ihre Wirkungen gehabt. Die Häfen von New York, Boston, Philadelphia und anderer atlantischer Schiffsplätze sind gesperrt worden, die Versicherungsprämien sind auf das Doppelte gestiegen und jetzt bereits bezieht sich die amerikanische Admiralität, der Öffentlichkeit zu versichern, daß es — hoffentlich — nicht nötig sein werde, amerikanische Kriegsschiffe zum Zweck der U-Bootebekämpfung aus den europäischen Gewässern zurückzurufen.

Es versteht sich, daß die europäerenden Vereinigten Staaten diesmal die Bewunderung nicht merken lassen, die in den Zeiten der Neutralität die Besuche der deutschen Handels-Unterseeboote und des „U. 53“ ihrer schon damals unfreundlichen Parteilichkeit immerhin abragen. Jetzt ist die kühne Fahrt der U-Boote eine Wankung der „Reklame“, wenn nicht gar eine „Verweilungstat“ der deutschen Admiralität. Die Nachricht erregte „keine allgemeine Panik (also doch Panik?). Die Deutschen verkümmern die Gemüter der von ihnen bekämpften Völker, wenn sie glauben, durch den U-Bootebesuch Amerika einzuschüchtern (wer hat das behauptet?). Durch solche Unternehmungen werde der Krieg der Amerikanern nur näher vor Augen geführt, und ihre Anstrengungen würden neu belebt (welche Zeugnis für die Amerikaner, wenn es nur Belebung ihrer Anstrengungen so eindringlicher Mittel bedürfte . . .).

Uns scheint, daß die Amerikaner das Ereignis aufgeregt einschätzen, als wir selbst es tun. Keinem Deutschen wird es einfallen, den äußersten Umfang der Tatsache so zu übertreiben, daß er darin eine Wendung, gar eine entscheidende, des Krieges sieht. Als Kriegshandlung ist die Fahrt der beiden U-Boote eine der vielen Taten, die einzelnen den Kampfeswillen der Gegner noch nicht erschüttern können, in ihrer Gesamtheit aber das Wunder des erfolgreichen Kampfes gegen einen Weltbrand möglich machen. Mehr als die unmittelbare Wirkung bedeutet uns, und bedeutet zuletzt auch den Gegnern, das Simbolum dessen, was Deutschland zu leisten imstande ist; der immer von neuem erbrachte Beweis der Fähigkeit, das scheinbar Unmögliche zu tun.

Der militärische Sinn des Krieges ist für unsere Gegner: Deutschland einzuschüchtern und abzuschließen; Deutschland antwortete mit einer kriegerischen Allgegenwart. Der Versuch, uns einzusperren, hat die deutschen Truppen nach Serbien, Rumänien und Italien, an den Don und an den Jordan, die deutschen Flieger über London, die deutschen U-Boote ins Mittelmeer, an die Azoren und an die amerikanische Küste geführt. Ohne Zufuhren über See ist der sonst unvermeidbare Hunger, das will sagen: die Zeit und ohne Auslandsstreuer, Kohlenstationen und Flottenstützpunkte der Raum überwunden worden.

Amerika jedoch wird, trotz aller Großsprecherei, den Ernst des Krieges stärker als bis jetzt empfinden. Einstweilen ist es räumlich auf neue Weise mit dem Kriege verbunden worden: wie England keine Insel, so ist das amerikanische Festland kein Gebiet außerhalb der Reichweite des Kampfes mehr. Es kann nicht nur Soldaten nach Europa schicken: es ist auch selbst verwundbar. Das Erscheinen der U-Boote mag es daran erinnern, daß es die furchtbare Saugwirkung des Krieges noch stärker spüren wird. Kein Ozean trennt mehr Amerika von dem europäischen Kriegesfeld.

Ein falscher Prophet Daniel.

W.B. Anapol, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Reuter. Marine-Sekretär Daniel sagte in einem Ausruf an die Kadetten der Marineakademie: Deutschland habe dadurch, daß es durch den U-Bootkrieg den Krieg bis vor die Tore der Vereinigten Staaten trage, das amerikanische Volk nicht erschreckt, sondern das verfechtete (!) Feuer der Leidenschaft habe den Amerikanern die Notwendigkeit nahegelegt, noch größere Anstrengungen zu machen, damit der Feind schneller und gründlicher für seine Annäherung gequält werde.

Die weiteren Ereignisse zur See.

Minen im Kattegatt.

W.B. Kopenhagen, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Meldung von Nikaus Büro. In verschiedenen Stellen des Kattegatt (des Meerbusens zwischen Jütland und Schweden) wurden auf drei Meter Tiefe eingestellte verankerte Minen beobachtet. Die Seefahrt im Kattegatt ist nur innerhalb der Hoheitsgewässer ratsam. Ein Minenfeld herrt den tiefsten unter gewöhnlichen Verhältnissen fahrbaren Lauf des Kattegatts. Dieses Minenfeld hat wahrscheinlich auch die Sprengung des dänischen Schoners „Peterson“ verursacht. Die beiden letzten Fahrten der Fähre Helsingör-Helsingfors sind gestern wegen Minengefahr eingestellt worden. Treibminen sind gestern im Sund unschädlich gemacht worden.

Die norwegischen Schiffsverluste.

o Zürich, 7. Juni. (Privat.) Die „N. Z. Ztg.“ meldet aus Christiania: Die Verluste der norwegischen Handelsflotte betragen bis 1. Juni 53 Schiffe mit 83 740 Tonnen; seit Kriegsbeginn wurden 730 Schiffe mit 1 118 000 Tonnen versenkt. (g. R.)

Holländischer Geleitzug nach Indien.

o Zürich, 7. Juni. (Privat.) Die „N. Z. Ztg.“ erzählt aus Amsterdam, in den nächsten Tagen werde ein holländischer Geleitzug, darunter ein Panzerkreuzer, ein Hilfskreuzer, ein Kohlendampfer und Handelschiffe nach Holländisch-Indien abgehen, um dorthin Regierungsbeamte und Kriegsmaterial zu befördern. Die holländische Regierung erklärte, sie werde eine Untersuchung des Geleitzuges durch eine kriegführende Macht keinesfalls dulden. (g. R.)

Zum Minenunglück der „Königin Regentes“.

W.B. Amsterdam, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird noch über den Untergang des Hospitalschiffes „Königin Regentes“ mitgeteilt, daß der Dampfer nach der Explosion der Mine in der Mitte durchbrach, jedoch die beiden Schornsteine fast gegeneinanderstießen. Das Borderschiff verschwand beinahe unmittelbar nach der Explosion. Die Schiffbrüchigen vermochten noch drei Boote auszufahren, von denen eines umschlug. — London, 6. Juni. (Reuter.) Die englischen Delegierten zu der Konferenz in Haag über den Kriegsgefangenen-austausch sind heute morgen abgereist. (Danach können sie sich wohl nicht auf dem durch eine Mine verunglückten Dampfer „Königin Regentes“ befunden haben. D. R.)

Weitere U-Boote-Erfolge.

W.B. Berlin, 7. Juni. (Amtlich.) Im Mittelmeer versenkten deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote fünf Dampfer und sechs Segler von zusammen über 20 000 Bruttoregistertonnen.

Die Dampfer wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Einer von ihnen war ein Kriegsmaterialtransporter.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die neue deutsche Offensive.

Der Savastommentar.

o Basel, 6. Juni. Nach dem Pariser Savastommentar vom 5. Juni haben die Deutschen seit gestern keine Gesamtangriffe mehr unternommen. Der Bericht meldet: Die lokalen Angriffe scheinen zu beweisen, daß der Feind wenigstens für den Augenblick darauf verzichtet, eine Entscheidung auf jenem Gelände zu finden, wo er sie seit dem 27. Mai suchte. So ist das Gleichgewicht hergestellt und die Front stabilisiert. Nun wird es zweifellos zu einer Rassenruhe kommen, aber der Kampf kann binnen kurzem wieder entbrennen. Auf jeden Fall können uns die künftigen Anläufe des Feindes nicht überraschen, denn die Möglichkeiten eines geheimen Manövers haben für mehr und mehr zugenommen. (Man wird gut tun, auch hier wieder ruhig abzuwarten. D. R.)

Der deutsche Druck.

o Basel, 7. Juni. (Privat.) Den „Bas. Nachr.“ zufolge besagt eine getrigte Pariser Savastote, daß die französischen Truppen, welche die Ränder von Reims bewachten, infolge des gesteigerten feindlichen Druckes gezwungen wurden, sich gegen die Vorstöße von Reims zurückzuziehen. (g. R.)

o Zürich, 7. Juni. (Privat.) Der „Zürch. Anzeiger“ berichtet: Die Deutschen haben in den letzten Tagen auf den Höhen westlich Soissons weitere beträchtliche Fortschritte erzielt und stehen heute bereits im Rücken der französischen Stellung des Nouvronplateaus. Diese Erde werde zweifellos auch weiterhin der Brennpunkt der Kämpfe bilden. Südlich des Waldes von Villers-Cotterets scheinen sich Umsfassungsbewegungen der Deutschen vorzubereiten. (g. R.)

Die Franzosen bezahlen die Kosten.

o Zürich, 7. Juni. (Privat.) Der „Tagesanz.“ berichtet, daß die französische Presse sich in wachsendem Maße darüber aufhalte, daß bei den beiden Angriffen auf die englische Front französische Truppen zur Hilfe gerufen werden mußten, während jetzt bei dem neuen schweren deutschen Angriff auf die rein französische Front weder englische, noch amerikanische oder italienische Truppen zur Hilfe kamen; diese haben vielmehr lediglich französische Stellungen in ganz ruhigen Abschnitten zur Verteidigung übernommen, damit die französischen Trup-

pen aufs Schlachtfeld geworfen werden könnten. Man sehe also, daß die Franzosen die Lasten und Kosten der Schlachten nach wie vor allein tragen müssen. (g. R.)

Die gestörten Transportwege.

o Zürich, 7. Juni. (Privat.) Die „Schweiz. Depeschent.“ meldet: Nach französischen Berichten liegen die Schwierigkeiten des französisch-englischen Widerstandes hauptsächlich im Transportwesen, da die Zufuhren ständig feindlichem Feuer ausgesetzt sind, ein Notstand, der sich auch auf die für Paris bestimmten Lebensmitteltransporte ausdehnt. Die deutschen Erdungslieger sind seit einigen Tagen zwischen Champagne und Paris ununterbrochen tätig. (g. R.)

Das bedrohte Paris.

o Zürich, 7. Juni. (Privat.) Die „N. Z. Nachr.“ meldet aus Paris: Das Pariser Blatt „Lui“ berichtet, große Massen feindlicher Infanterie und Artillerie seien in der unmittelbaren nordwestlich von Paris vorgelagerten Waldregion erschienen; dies sei ein hochbedeutungsvolles und zugleich bedeutungsvolles Kriegereignis. (g. R.)

o Zürich, 7. Juni. (Privat.) Die „Schweiz. Depeschent.“ meldet aus Paris: Infolge andauernder Trockenheit gerieten die Sanddünen, welche die wunderbaren Reliefsdarstellungen am Portal der Notre-Dame Kirche in Paris schützen, in Bewegung und die ganze Schutzvorrichtung gegen Flieger stürzte in sich zusammen, wobei wertvolle Figuren, darunter diejenige des hl. Petrus, erheblich beschädigt wurden. (g. R.)

L. U. Genf, 7. Juni. Das „Journal de Genève“ weist auf die zunehmende Gefahr hin, der Paris durch die Fortsetzung der Beschließung aus geringer Entfernung ausgesetzt ist. Sollte die Gefahr ernst werden, so müssen die Zivilpersonen entfernt (?) werden, während die Behörden in der Hauptstadt bleiben würden.

Eine neutrale Warnung.

W.B. Basel, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Unter der Ueberschrift „Der Augenblick ist furchtbar“, wie nach der Ausdrucksweise der „Basler Nationalzeitung“ jener erstaunliche Geis auf der Tribüne des Palais Bourbon gesprochen hat, führt das Blatt zur Rede Clemenceaus, daß die Engländer und Franzosen am Ende ihrer Bestände angelangt sind. Für die Behauptung Clemenceaus, daß die deutschen Bestände ebenso erschöpft sind und daß die eintreffenden Amerikaner dann das große Ringen mit dem Triumph der Entente entscheiden werden, fehlt es an jeder Beweiskraft. Hier handelt es sich um den Trieb eines Redners.

„Nicht mit einem einzigen Satz, sondern mit wenig beweiskräftigen Hinweisen auf die Union hat Clemenceau versucht, seine Behauptung zu bekräftigen. Die Tatsachen sprechen mit furchtbarer Deutlichkeit. Vermutlich werden auch alle noch jetzt gehegten Illusionen ebenfalls zerbrechen. Clemenceaus greifenhafter Eigenfinn führt allmählich dahin, daß ganz Frankreich ein einziges großes Totenkamp wird.“

Nach dieser Kennzeichnung der Lage sagt der Verfasser schließlich, der Verhandlungstisch wäre das aussichtsreichste Schlachtfeld der Entente, wenn sie verstände, dort ihre wirkungsvollste Ueberlegenheit zu gebrauchen, einen Verständigungsfrieden offen anzubieten und den Schatten von Bretz zu bannen.

Aus dem neuen Rußland.

Von der Don-Regierung.

W.B. Kiew, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Die Don-Regierung macht bekannt, daß das Märzgesetz von 1917 über die Aufhebung der religiösen und nationalen Bedingungen für die Hofstower und Lagerroger Kreise wieder hergestellt werde. Im übrigen Staatsgebiet bleibt die Frage vorläufig offen.

Aus der Ukraine.

W.B. Kiew, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Das demnächst erscheinende Agrargesetz umfaßt ein kleines Programm der künftigen Agrarreform, die auf legislativem Wege durchgeführt werden soll.

Von den ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen.

W.B. Kiew, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Bei den ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen nahm die ukrainische Warenaustauschkommission eine Entschließung Manuilstys an, zum Zwecke schnellster Wiederherstellung des Austausches einen gemischten Sonderauschuh einzusetzen. Ebenso wurde eine Einigung über den Eisenbahnwagenpark erzielt.

Explosions-Brand in der Kiewer Vorstadt Sverineh.

W.B. Kiew, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Heute vormittag 10 Uhr brach in einem ukrainischen Munitionsdepot in der Vorstadt Sverineh, westlich der Lavra, Feuer aus. Die sofort angestellten Löscharbeiten blieben erfolglos, jedoch das Feuer auf die verschiedenen Munitionshäufen übergriff, die nach und nach in die Luft flogen. Der Brand ist aus vorläufig noch nicht festgestellten Ursachen entstanden in der Nähe des Schuppens mit alten russischen Raketen. Bald nach 11 Uhr war die Gefahr beseitigt. Durch den Brand sind in der Stadt zahlreiche Fensterheben zertrümmert worden. Die anfängliche Panik legte sich bald. Mittags zeigte sich bereits das gewöhnliche Straßenleben. Die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung beträgt 60 Tote und einige hundert Verwundete, meist Ukrainer. Das gefährdete Gelände ist durch deutsche Truppen abgesperrt, die sich opferwillig an den Löscharbeiten und Rettungsarbeiten beteiligten.

Deutschland und der Krieg.

Dresden, 6. Juni. Die Ortsgruppe Leipzig des Zentrumvereins für Sachsen hat alle sächsischen Ortsgruppen aufgefordert, dem Hauptvorstand der Zentrumspartei auszusprechen, daß deren Interesse verleihe, daß Erzberger weiter als einer der Hauptführer der Zentrumspartei hervortrete. Die gleiche Erklärung soll auch der Reichstagsfraktion zugehen. (Zit. Stg.)

Die Repräsentationsgelder für den Reichstagspräsidenten.

M. Berlin, 7. Juni. Wie die „Tägl. Absh.“ hört, sollen die vorgesehenen Repräsentationsgelder für den Reichstagspräsidenten die Summe von 50 000 Mark betragen.

Der Steuerkompromiß.

M. Berlin, 7. Juni. Die „Tägl. Absh.“ schreibt: Nach den gestern im Reichstag stattgefundenen Verhandlungen der Parteiführer mit dem Reichsschatzsekretär darf das Zustandekommen eines Steuerkompromisses als gesichert gelten, und zwar wird man seitens der Parteien die Forderung einer Einkommensbesteuerung durch das Reich fallen lassen, um statt dessen nur den Einkommenszuschlag zu besteuern. Des weiteren dürfte sich das Gesetz einer einmaligen Vermögensbesteuerung unter Zugrundelegung eines Satzes von 5 auf 1000 durchsetzen. Dem Wunsche nach Einführung eines Steuergerichtshofes für das Reich zeigte die Regierung Entgegenkommen.

Oesterreich-Ungarn und der Krieg.

Ungarn und das „vertiefte Bündnis.“

Budapest, 6. Juni. Graf Tisza hielt im Abgeordnetenhause eine Rede über die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland. Auf politischem Gebiet könne in erster Linie eine festere Konstitution des casus federis in Betracht, der auch in Zukunft den wesentlichen Charakter nicht verlieren solle. Mehr lasse sich auf militärischem Gebiet leisten, selbstverständlich auch hier unter vollständiger Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität der beiden Großmächte. Durch eine Reihe von Verfügungen lasse sich die Korporation der obersten Leitungen und technischer Streitkräfte wesentlich enger gestalten. Den reifsten Inhalt könne das vertiefte Bündnis auf wirtschaftlichem Gebiet erzielen, wo die beiden Mächte sich unter Wahrung der Existenzbedingungen der Produktion der einzelnen Staaten viele Erleichterungen bieten könnten. Ministerpräsident Kereker sprach sich unter dem Beifall des Hauses in gleichem Sinne aus.

Aus der Schweiz.

Bundespräsident Calonder über das künftige Völkerrecht.

Bern, 7. Juni. (Schweiz. Tsp. N.). Bei der Behandlung des Geschäftsberichts des Bundesrats über das Jahr 1917 im Nationalrat, erklärte Bundespräsident Calonder, daß der Bundesrat den Fragen der Gestaltung des künftigen Völkerrechts und der Errichtung eines Völkerbundes die größte Aufmerksamkeit schenke. Professor Huber-Zürich, sowie ein einflussreicher Sachverständigenausschuss würden die Fragen prüfen. Der Redner erörterte eingehend die künftige Gestaltung des internationalen Rechts und sagte u. a.: Das Ziel muß sein, in Europa eine internationale Rechtsordnung herzustellen, die diesem Erdteil gestatte, neben den anderen Kontinenten an der Weltarbeit teilzunehmen. Bei der Neuordnung des internationalen Rechts wird vor allen Dingen wichtig sein die Schaffung von Einrichtungen zur friedlichen Beilegung der internationalen Gegensätze.

Badischer Landtag.

19. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Karlsruhe, 7. Juni. Präsident Prinz Max eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung. Entschuldigt haben sich Graf Ragened und Geh. Rat Schott. Anwesend ist auch Erzbischof Dr. Nörber. Präsident Prinz Max teilt die neuen Eingänge mit, darunter ein Schreiben des Sanitätsamtes des 14. Armee-Korps über die Notwendigkeit der Sanitätsreform. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten; zur Beratung steht zunächst

das Kirchengesetz.

Berichterstatter ist Bürgermeister Dr. Weich-Eberbach, der sich eingehend über den Gesetzentwurf betreffend die Veränderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom Oktober 1860 über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate äußert. Der Berichterstatter wies darauf hin, der Gesetzentwurf bezwecke diejenige Teile des Gesetzes, die in den 1860er und 1870er Jahren in das Gesetz hineingekommen sind, auszumergen. Der Justizauschuss der Ersten Kammer sei sich einig gewesen, daß er sich lediglich an das mit der Vorlage Bezweckte zu halten und deshalb in eine Besprechung der weitergehenden Fragen nicht einzutreten habe. Es konnte dann ohne weitere Erörterung die einstimmige Billigung der mit dem Entwurf erfolgten Abänderung festgestellt werden. Zu der Minderheitsklärung aus politischen Gründen für Bewerber um Kirchenämter hat die Zweite Kammer eine Entschließung angenommen, wonach die Beilegung staatsbürgerlicher Rechte kein Grund zur Mißbilligung sein solle, falls der betreffende Geistliche nicht gegen die Würde verstoße. Der Ausschuss war nach der Erklärung des Ministers der Meinung, daß die Erste Kammer der Resolution nicht beitreten sollte. In der weiteren Ausschussberatung wurde ein Antrag von Erz. Bischof vor-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 6. Juni. Der Verein Karlsruher Presse (Journalisten- und Schriftstellerverein) hielt am Mittwoch seine Generalversammlung ab, zu deren Beginn Chefredakteur Albert Herzog dem vorstehenden 1. Vorsitzenden des Vereins, Chefredakteur des „Volksfreund“ Wilhelm Koltz, einen herzlichen Nachruf widmete und dabei betonte, wie sehr Wilhelm Koltz in seiner Eigenschaft als Leiter des Vereins wie auch in seiner sonstigen gelassenen öffentlichen Tätigkeit als Landtagsabgeordneter und Stadtrat jederzeit die Interessen und das Ansehen seiner Berufsgenossen zu wahren und zu vertreten suchte. Aus diesem Grunde sei ihm der allem im Verein Karlsruher Presse ein dankbares Gedenken gewiß. Bei den sodann folgenden Vorstandswahlen wurde Chefredakteur Albert Herzog („Badische Presse“) zum 1. Vorsitzenden und Chefredakteur Walter Günther („Badische Landeszeitung“) zum 2. Vorsitzenden gewählt. Schriftführer (Redakteur Stofz, Herausgeber der „Oberheimischen Correspondenz“) und Schatzmeister (Redakteur Binder (von der „Badischen Landeszeitung“) verbleiben in ihren Ämtern. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind: Chefredakteur Amend („Karlsruher Zeitung“), Chefredakteur Meyer („Badischer Beobachter“) und Redakteur Winter („Volksfreund“). Es sind somit im Vorstand sämtliche Karlsruher Tageszeitungen vertreten mit Ausnahme des „Karlsruher Tagblattes“, dessen gegenwärtige Redaktion inzwischen aus dem Verein ausgeschieden ist. Die an die Vorstandswahl sich anschließende Aussprache zeigte in der Besprechung der Wege zur Lösung verschiedener Standesfragen erforderliche Einmütigkeit.

Heidelberg, 7. Juni. Der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstantz, Prof. Dr. Carl Wilmanns, der im Heresendienst steht und deshalb seinen Posten noch nicht angetreten hat, erhielt nun letzter Tage einen Ruf auf den Lehrstuhl der Psychiatrie an der hiesigen Universität. Prof. Wilmanns zählt zu den hervorragenden deutschen Psychiatern.

München, 6. Juni. Die Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller (Vereinsverband auf Gegenseitigkeit) in München veröffentlicht den Geschäftsbericht für das Jahr 1917, der unter Einschluß eines Gewinnvortrages von 20 018 Mark einem Ueberschuß von 52 006 Mark aufweist. An Mitgliederbeiträgen wurden 149 163 Mark, an Rinsen 133 781 Mark und an Zuwendungen 48 736 Mark vereinnahmt, an Pensionen 79 195 Mark ausbezahlt und 11 595 Mark

gelegt, der die Regierungsvorlage nicht nur wiederherstellt, sondern darüber hinausgeht, insofern als er nicht allein auswärtige Geistliche, sondern auch alle Geistliche der Mißbilligkeit unterstellt, welche kein Kirchenamt haben. Namens des Justizauschusses stellte Bürgermeister Dr. Weich den Antrag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Zweiten Kammer anzunehmen.

Staatsrat Dr. Glöckner begründete verschiedene eingegangene Abänderungsanträge, in denen der Zweck des Gesetzes bekräftigt aber die Ansicht ausgesprochen wird, daß der Kampf zwischen Staat und Kirche damit nicht beendet sei. Die Kirche werde dem Gesetzentwurf nur als Abzugszahlung betrachten. Der Redner des Zentrums in der 2. Kammer habe deutlich erklärt, daß das Gesetz die Wünsche seiner Partei nicht voll erfülle. Der Zweck des Gesetzes bestehe in der Milderung der in anderen Zeiten erlassenen Vorschriften über die wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen. Der Redner erklärte hinsichtlich der wissenschaftlichen Vorbildung habe die Regierung zur Begründung die Notwendigkeit angeführt, Ordensleute zuzulassen. Dem wollen wir nicht entgegenreten, ebenso nicht der Milderung, daß die Theologen nur drei Semester einer deutschen Hochschule besucht haben sollen. Wir haben auch nichts einzuwenden, daß der Besuch an anderen Hochschulen angewendet wird und ebenso nicht betr. die Aufhebung der Strafbestimmungen, obwohl für die Zukunft Uebertretungen nicht ausgeschlossen sind. Die Anträge der Zweiten Kammer gehen für uns zu weit. Wir wünschen im allgemeinen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Das gilt u. a. für den Absatz 5, der wollte, daß die Regierung den auswärtigen Geistlichen aus bestimmten Gründen die Ausübung kirchlicher Funktionen unterlassen könne. Wie der Minister im Ausschuss zugab, wären darunter auch alle Geistliche verstanden gewesen, die als Inhaber eines babilischen Klosters kein Kirchenamt inne haben. Auch Absatz 4 soll im wesentlichen nach der Regierungsvorlage wiederhergestellt werden, weil die Fassung der 2. Kammer die kirchlichen Lehranstalten von dem bisherigen Grundsatze gegen private Lehranstalten ausnimmt. Die 2. Kammer wollte in ihrem Antrag nur eine Anzeigepflicht, während bisher die Genehmigung zu abzuwarten war. Dadurch wird die Staatsaufsicht ziemlich Autorität gemacht. Staatsrat Glöckner hat sodann die Anträge anzunehmen und das Gesetz der Fassung der Regierungsvorlage wiederherzustellen. Es werde dann doch von der 2. Kammer angenommen werden. Hr. v. La Roche betonte, die Anträge seien von einfacher Bedeutung. Er beantrage, dieselben alsbald an den Ausschuss nochmals zurückzuverweisen.

Nach kurzen Ausführungen des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Jehner wird der Antrag des Herrn von La Roche angenommen. Ein Antrag von Staatsrat Glöckner, dem Ausschuss noch weitere Mitglieder beizugeben, wird abgelehnt.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte schlägt Prinz Max dem Hause vor, die Kommission möge sich nochmals sofort mit den Anträgen und dem Gesetz beschäftigen. Die Mehrheit des Hauses stimmt diesem Vorschlag zu. Infolgedessen wurde um 12 Uhr die Beratung unterbrochen. Die Weiterberatung erfolgt nachmittags 4 Uhr. Der Justizauschuss trat alsbald zur Beratung der Anträge zusammen.

56. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 7. Juni. Vizepräsident Hochstuf gab zu Beginn der Sitzung den Eingang zweier umjanzreicher Schreiben des Sanitätsamtes des 14. A. K. und der psychiatrischen Klinik in Heidelberg über die Behandlung Nervenkranker in den Schwarzwalddiagrammen Hornberg und Triberg bekannt. Danach wurde die Aussprache über die Anträge zur Verfassungsänderung fortgesetzt.

Abg. Strobel (Soz.) erklärt: Die uns von dem Herrn Staatsminister in der Angelegenheit der Zuziehung von Arbeitervertretern zur Ersten Kammer vorgeworfene Antiquarität besteht nicht. Wir haben von je her den Standpunkt vertreten, daß die 1. Kammer aufzuheben sei. Selbstverständlich ist aber, daß wir heute mit unserer Forderung nicht durchdringen, wir dem kleineren Uebel zustimmen. Zum Frauenstimmrecht hat der Herr Staatsminister angeführt, die Frau gehöre ins Haus. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch. Aber es läßt sich bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht durchführen. Zu der Frage des Verhältniswahlverfahrens wird immer wieder angeführt, dieses Wahlverfahren sei nicht populär. Das können wir nicht zugeben. Vielmehr hat das Verhältniswahlverfahren in den badischen Gemeinden angewandt und großen Anklang gefunden. Das langgegebene Versprechen, der Stadt Mannheim den 6. Wahlkreis zu geben, sollte baldigst erfüllt werden. Wir sehen auch, daß die Regierung den Wünschen des Zentrums entspricht, während sie denen der Linken nicht das nötige Entgegenkommen zeigt. Das sehen wir hinsichtlich der Wünsche über die Neugestaltung der Städte- und Gemeindeordnung.

Staatsminister von Bodman: Die Regierung hat ihr Versprechen über die Schaffung eines 6. Wahlkreises längst eingelöst, durch eine entsprechende Vorlage, welche aber in dem hohen Hause abgelehnt worden ist. Es ist also nicht die Schuld der Regierung, wenn die Stadt Mannheim ihren 6. Abgeordneten noch nicht hat. Ungerechtigkeit ist der Vorwurf, die Regierung würde den Wünschen der Rechten entgegenkommen, nicht aber denjenigen der Linken.

Abg. Schön (Natl.): Der Abg. Marum hat gestern auch die Ständeherrn in den Bereich seiner Betrachtungen gezogen und dabei auch den Fürsten von Fürstberg genannt. Ich muß betonen, daß der Fürst von Fürstberg ein Mann von durchaus erprobter nationaler Gesinnung ist, und durchaus eine fortschrittliche staatspolitische Auffassung, auch demokratischen Forderungen gegenüber besitzt.

Abg. Schirmer (Ztr.) spricht sich gegen das Verhältniswahlverfahren von dem man auf dem Lande nichts wissen wollte und gegen das Frauenstimmrecht aus. Gegen den uns vom Abg. Ged gemachten Vorwurf vor gegen die Anträge stimme, der handle nicht im Staatsinteresse, muß ich mit aller Entschiedenheit protestieren.

Abg. Rebmann (Natl.) führt u. a. aus, die von dem Abg. Dr. Schofer und Kopf gestern vorgenommene Motionenwähe über an Unterstellungen und Darlehen gewährt. Das Vermögen der Anstalt hat sich von 2972460 Mark auf 3148 629 Mark erhöht. Die Anstalt bezieht am 30. Juni die Feste ihres 25jährigen Bestehens. Der Hauptverwalter wird vorgeschlagen, von dem Ueberschuße 10 000 Mark zu einer Jubiläumsspende für die Wohlfahrtsvereine der Anstalt zu verwenden. Dem Bericht ist ein kurzer Uebersicht über ihre Entwicklung beigefügt, der ein erfreuliches Bild ihres sozialen und humanitären Wirkens bietet. Bericht, Sekundar- und Rententabellen sind kostenlos von der Geschäftsstelle der Anstalt, München, Brienerstraße 8/II, zu beziehen.

M. B. Genf, 3. Juni. Heute nachmittags fand eine Feste zur Eröffnung des Studentenheimes der schweizerischen Universität statt. Der Generalgouverneur, Generaloberst Freiherr von Falkenhau, begleitet von dem Verwaltungschef für Glarben, Oberamtmann Schalte, und dem Präsidenten der Zivilverwaltung für Ostlandern, Landrat Cder, waren hierzu erschienen. In Vertretung des beurlaubten Etappeninspektors war General Müller zugegen. Der Rektor der Universität, Professor Dr. Hoffmann, dankte dem Generalgouverneur für sein Erscheinen und hob in seiner Rede hervor, daß nur die der Universität durch die deutsche Verwaltung verliehenen Rechte einer juristischen Person und die Zuweisung eines Fonds von rund 4 Millionen Franken die Möglichkeit gegeben hätten, der akademischen Jugend ein Heim zu schaffen.

Großh. Hoftheater Karlsruhe.

Karlsruhe, 7. Juni. Die Periode der Tanzspiele beginnt, sich zu überleben. Wo diese etwas romantisch-freie Kunst nicht an harte Individualitäten gebunden ist, verfällt sie leicht der Gleichförmigkeit und Eintönigkeit. Es spielt keine Rolle, die Akzente einer Komposition in eine bestimmte Bewegung umzuwenden, wenn der Charme und die innere Kraft dieser Bewegung nicht den gemten Rahmen füllt, wenn nicht die Seele selbst tanzt, sondern nur der Geist abgestellte Sprünge macht.

Uns von Bod verteil auf den Gedanken, nicht diese jungen, sondern ihre jüngsten Schülerinnen vor der Definitivität zu setzen. Ein an sich gemagtes Unternehmen. Kniblichkeit, Parteilichkeit und jugendlich-freie Bewegungen tun natürlich stets das ihre, aber über die Tangrammatik gehen solche Vorlesungen selten hinaus. Immerhin läßt sich sagen, daß Gertrude Thomjen

ihre Stellung zum Proporz sei eine schwierige Arbeit gewesen. Keine Partei habe zu allen Zeiten ihre Vorteile und Nachteile auf das allergenaueste überlegt wie das Zentrum. (Abg. Dr. Schofer: Genau, wie die Nationalliberalen.)

Die Abgg. Banjschach und Müller-Eppingen (N. Bgg.) legen nochmals ihre Stellung zu den Anträgen dar.

Abg. Wittenmann (Ztr.) äußert sich zu der Technik zur Verhältniswahl, welche die Fühlung zwischen dem Abgeordneten und dem Bezirk lodern. Das Zentrum stehe dem Proporz freundlich gegenüber, bis heute sei aber noch kein System gefunden, das verbindere, daß das platte Land unter der Räder komme. Die Städte dürfen in ihren politischen Ausflüssen nicht derart befristet werden, daß sie das Land überstimmen. Die Forderung des Zentrums nach dem Proporz in den Städten ist keineswegs das Ergebnis einer schärfer Berechnung. Die Mehrheit des Volkes hat für den Proporz kein Interesse.

Damit ist die Beratung geschlossen. Von den Antragstellern bemerkt Abg. Muser (Z. B.), daß die Richtigkeit seiner Ausführungen nicht widerlegt worden sei. Dem Abg. Müller-Eppingen sei es vorbehalten geblieben, den lieben Gott als Zeugen gegen das Frauenstimmrecht anzurufen. Unverständlich sei es, wie das Zentrum für das Fortbildungsgesetz, das doch eine Vorbildung der Mädchen auch für öffentliche Pflichten vorsehe, habe zustimmen können, wenn es jetzt das Frauenstimmrecht ablehne.

Hierauf wird die Abstimmung der Anträge vorgenommen. Die Anträge der Abgg. Rebmann, Muser und Kopf über die Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen zur 2. Kammer werden mit 27 gegen 24 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Nationalliberalen, Fortschritt, Volkspartei und Sozialdemokraten. Der Antrag Kopf und Genossen über die Stellvertretung des Erzbischofs und das Stellvertretungsrecht des evangel. Prälaten in der 1. Kammer findet einstimmige Annahme. Der Antrag Rebmann über die Milderung der Adelsverträge in der 1. Kammer wird mit 27 gegen 24 Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme finden die Anträge Rebmann und Kopf über die Zulassung von 2 Arbeitervertretern zur 1. Kammer. Die übrigen Teile der Anträge werden für erledigt erklärt. Der Zentrumsantrag, das Verhältniswahlverfahren in den Städten mit mehr als 2 Abgeordneten einzuführen wird mit 25 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Muser betr. das Frauenstimmrecht wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung. Am Regierungstisch: Justizminister Dr. Düringer. — Abgeordn. Strauß (Zentr.) berichtet namens des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf betr. die Fürsorgeerziehung nach welchem zur Stellung von Anträgen auf Unterbringung zur Fürsorgeerziehung oder ihrer Aufhebung außer den Bistämtern auch die Staatsanwaltschaften und Jugendämter für zuständig erklärt werden. Mit der Durchführung von Fürsorgeerziehungen sollen außer den Ortsamtsverwaltungen auch Jugendämter, Gemeindefürsorge und Jugendfürsorgeauschüsse betraut werden. Das Wort „Zwangserziehung“ sollte durch „Fürsorgeerziehung“ ersetzt werden. Der Berichterstatter stellt den Antrag, dem Gesetz zustimmen.

In der Aussprache begründete Abg. Strauß (Ztr.) einen Abänderungsantrag über den Vollzug der Zwangserziehung. — Abg. Schön (Natl.) begründet den Gesetzentwurf, ebenso Abg. Weich (Ztr.), der auf die Bewilligung der Jugend eingeht und auf die Notwendigkeit ihr entgegenzuwirken. Bedauerlich sei die hohe Zahl der Erbscheidungen. — Abg. Böttger (Soz.) stimmt dem Gesetzentwurf zu und wünscht, daß dort, wo Jugendämter bestehen, Fürsorgeauschüsse nicht ins Leben gerufen werden. In den Fürsorgeauschüssen sollten aber nicht nur konfessionelle Vereine, sondern auch andere der Jugendfürsorge dienenden Organisationen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Justizminister Dr. Düringer dankt für die wohlwollende Aufnahme des Gesetzentwurfs. Die Anregungen, es mögen auch Pflichten, Lehrer, Geistliche zur Fürsorgeerziehung beigezogen werden, werden bei uns entgegengelassene Berücksichtigung finden. Der Antrag Strauß bedeutet eine Verbesserung des Gesetzes.

In der Abstimmung über das Gesetz wird der Abänderungsantrag des Abg. Strauß betr. den Vollzug durch das Bezirksamt, einstimmig angenommen, ebenso der ganze Gesetzentwurf.

Abg. Ritter (Natl.) berichtet über das provisorische Gesetz betr. den Gahholzbezug. Es handelt sich hier um die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, nachdem die 1. Kammer einige Änderungen vorgenommen hatte. Dem Antrag des Berichterstatters, in dem Gesetz die Art. 1 und 2 in der ursprünglichen Fassung wiederherzustellen und dem Art. 4 über die Wirksamkeit des Gesetzes in der Fassung der 1. Kammer anzunehmen, findet einstimmige Annahme, desgleichen der ganze Gesetzentwurf.

Abg. Reinhardt (Ztr.) berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Ausführungsgesetzes zur Reichsversicherungsbewertung. Der Gesetzentwurf bewirkt, auch die Kinder unter 12 Jahren, die in der Landwirtschaft tätig sind, in die landw. Unfallversicherung einzubeziehen.

Abg. Wittenmann (Ztr.) berichtet über den Gesetzentwurf betr. Ergänzung des Polizeitrafgesetzbuches. Es handelt sich um die Wohnungsverhältnisse. Das Gesetz wurde in der Fassung der 1. Kammer einstimmig angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die Abänderung des Berggesetzes, worüber Abg. Marum (Soz.) berichtete. — Einstimmige Annahme fand auch der Gesetzentwurf über die Abänderung der Gebührenordnung. Berichterstatter Abg. Schapfle (N. Bgg.).

Abg. Odenwald (Z. B.) berichtet sodann über die Petition des Verbandes badischer Bahnen, Weichen- und Signalwärter betr. Gehalte und Pensionierung. Die Bitte wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. — Hier wurde um 1 Uhr die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Abschnitt 10 der Regierungsdienstschrift: Lebens- und Futtermittel.

Derrient, Edith Bielefeld und namentlich die kleine Ruth Krüger, deren Bewegungen sich schon jetzt sehr fein und weich im Handgelenk ausbalancieren, bedeutendes Talent für die Tangkunst mitbringen, sie sind auch mit Liebe bei der Sache. Aber eine gewisse Kurzatmigkeit im Ausschwingen des Körpers bleibt, über die auch die Köstlichkeit des Anblicks von soviel Reiz und hin- und hergehender Parteilichkeit nicht ganz hinweghilft. Trotzdem zeigt sich in vielen Einzelheiten wirklich Preisvolles und Schönes. Der unbestreitbare Geschmack der Lehrerin befehrt jede Nummer und zeigt von einem geübten, warmen Empfinden. Auch wird den Kompositionen meistens Zwang angetan und nur das Tanzmäßige ausgedeutet. Absolute Eigenart, die in alte Schläuche neuen Inhalt gießt oder gar überfallenden Ausdruck in selbstgeschaffenen Formen darstellt, tritt dabei auch an einigen Stellen hervor, so in den symphonischen Etüden von Schumann, von Anna von Bed vorzüglich zur Anschauung gebracht, ebenso in dem Walzer „Reiz aus dem Süden“, wo die kleine Ruth Krüger durch lebhaften Aufschwung Größe in ihre Fühlung zu zwingen wußte. Gertrude Thomjen-Derrient und Edith Bielefeld gewannen hauptsächlich durch ihre entzückend leichte Beweglichkeit. Die zahlreiche Zuschauerzahl spendete den liebenswürdigen und anmutigen Gaben starken Beifall, so daß man von einem schönen Erfolg der Veranstaltung sprechen darf. Die verschiedenen Maßstäbe leitete Herr Wilhelm Schweppe mit Geschmack und auf klugen Wohlklang bedacht.

Den Tanzspielen voraus ging eine Wiederholung von Leo Fall's Eingpiel „Brüderlein fein“, in dem sich Herr Hans Bussard und Fr. Friedrich durch Wärme in Gesang und Darstellung auszeichneten. Das Lied der Jugend sang Fr. Kelly Schläger tonvoll und ausdrucksvoll.

Karlsruhe, 7. Juni. In dem dreitägigen Lustspiel „Meine Frau, die Hofkapellierin“, von Alfred Müller und Lothar Sachs, das Samstag, 8. ds., seine Erstaufführung am Hoftheater hier erlebte, wird Fräulein Elise Koornan die Titelfolle geben. Die Inszenierung besorgt Otto Kienfischer. — Die Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr im Konzertsaal. In Lehars Meisteroperette „Der Kaiserhofsänger“, welche zur Eröffnung des diesjähr. Sommertheaters gewählt wurde, wird Hans Otto Norden, der das Werk selbst inszenieren wird, die Hauptrolle spielen.

Badische Chronik.

Durlach, 7. Juni. Der Gemeinderat beschloß wegen Einrichtung einer Mittelstandsfürsorge in Anlehnung an die für den Kreis Karlsruhe errichtete Mittelstandshilfskasse (Kriegshilfskasse) mit dem Kreisrat Karlsruhe ins Benehmen zu treten. Nach dem für die Gewährung von Beihilfen an die Angehörigen des Mittelstandes durch die Kriegshilfskassen aufgestellten Grundrissen besteht die Mittelstandsfürsorge in der Gewährung von Darlehen und Beihilfen zu niedrigem Zinsfuß an selbständige Angehörige des Mittelstandes im weitesten Sinne, die durch den Krieg in eine Notlage geraten sind. Der durch die Mittelstandsfürsorge erwachsende Aufwand soll aus außerordentlichen Mitteln bestritten und nach Abschluß der Verhandlungen mit dem Kreisrat beim Bürgerausschuß in der erforderlichen Höhe angefordert werden.

Augustenberg b. Durlach, 7. Juni. Die Hauptstelle für Pflanzenzucht an der Großl. landw. Versuchsanstalt teilt uns mit: Wenn die trodene Witterung anhält, wird man Neben, die vor dem 25. Mai gründlich geprüft worden sind, vor der Reife nicht mehr erneut spritzen brauchen und dadurch eine willkommene Ersparnis am Kupfervitriol erzielen. Der auf die Zeit vom 25.—28. Mai vorausgesetzte Regenwetterausbruch konnte infolge der Trockenheit bis jetzt nicht erfolgen, sobald aber stärkerer Regen oder Tau eintritt, wird sich die Krankheit überall zeigen, und bei geeigneter Witterung einen weiteren Ausbruch nicht vor Mitte Juni zur Folge haben. Darum kann im allgemeinen mindestens bis dahin mit dem zweiten Spritzen gewartet werden. Der Zeitpunkt hierfür wird jedoch von der Hauptstelle für Pflanzenzucht noch rechtzeitig bekannt gegeben werden. Mit dem Schwefeln kann solange zugewartet werden, bis die ersten Spuren des Leishers (Weltau) festgestellt sind.

Pforzheim, 6. Juni. Die Uhrzeitenfabrik Kollmar und Zornheim in Pforzheim hatte im letzten Geschäftsjahr einen Reingewinn von 1 702 513 Mk. Es soll noch eine Dividende v. 18 v. H. und ein Bonus von 5 v. H. verteilt werden.

Tauscherhofsheim, 7. Juni. Die fränkische Nahrungsmittelabrik G. H. Hardheim hat ihr Aktienkapital um 400 000 Mk. auf eine Million erhöht.

Freiburg, 6. Juni. Dem früheren Landtagsabgeordneten des Hanauerlandes und Schwannweiler Gustav Hans sind aus Anlaß seines 80. Geburtstages zahlreiche Glückwunschkarten zugegangen, darunter auch ein solches aus dem Geheimen Kabinett des Großherzogs dem Jubilar seine herzlichsten Glückwünsche übermitteln ließ.

Freiburg, 7. Juni. Eine seltene und rührende Feier konnte vor wenigen Tagen die Familie der Witwe Peter Wielmann in Wiesheim begehen. Die hochbetagte Frau hat neun Söhne zum Wehrdienst gestellt, die trotz aller Kämpfe und Anstrengungen sämtlich noch am Leben sind. Anlässlich des Geburtstages der Witwe war nun durch Erlaß des Kaisers die Beurteilung der Söhne verweigert worden. Sieben erschienen an dem Geburtstagsfest ihrer Mutter, einer befindet sich in Gefangenschaft und ein anderer im fernen Osten, jedoch ist die Urlaubserlaubnis wohl nicht rechtzeitig erteilt.

Konstanz, 7. Juni. Wegen einer Reihe schwerer Diebstähle hand der verh. Fabrikarbeiter F. Koller von Hilsbach vor der Strafkammer. Der Verbrecher verblüht gegenwärtig eine vierjährige Zuchthausstrafe, die er von der Strafkammer Waldshut auferlegt erhielt wegen seiner Raubzüge, die er im Oberland ausführte. Unter Berücksichtigung dieser Zuchthausstrafe wurde Koller zu vier Jahren 8 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Betrachtungen zum Frühdruck 1918.

Karlsruhe, 7. Juni. Im Sommer 1917, als die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Brot ohne Störung und ohne weitere Einschränkungen durchgeführt werden konnte, beneidete die Bevölkerung des Frühdrucks und die Ruhelage der Frühdruckkrise in weiteren Kreisen manchem Verständnis und zum Teil scharfer Kritik. Sachverständige, denen der Weberschlag über die Gesamtverhältnisse fehlte, machten darauf aufmerksam, daß das Korn im Brot weicher halte, als in gedrohtem Zustande, daß das Korn, wenn es nicht haltbar sein sollte, erst im Stroh auszuweihen müßte, daß die Aufbereitung der durch den Frühdruck gewonnenen erheblichen Mengen frühgedrohter Frucht mit starken Gefahren verbunden sei usw. Es wurden dann noch alle möglichen alarmierenden Nachrichten verbreitet, wonach große Mengen frühgedrohten Getreides verdorben seien. Diese Gerüchte, deren Ursachen mit Eifer nachgegangen wurde, erwiesen sich teils als Erfindungen, teils als maßlose Ueberschätzung.

In diesem Jahre muß gegen Schluß des Erntejahres wegen der Knappheit der Bestände, die Vorräte herabgesetzt werden. Diese Tatsache dürfte manchem Kritiker des Vorjahres zu denken geben. Der Frühdruck hat uns im vorigen Jahre vor der Notwendigkeit bewahrt, in der Lebensgefahrzeit die Brottraktion zu kürzen. Schon diesem Vorteil gegenüber konnten die Nachteile des Frühdrucks nicht schwer wiegen. Dabei ist aber der Frühdruck auch von ausschlaggebender Bedeutung für die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung in den letzten Monaten des Kalenderjahres. Nach Beginn der Backreife wird bekanntlich unter normalen Verhältnissen kaum mehr gedroschen und seine nennenswerten Mengen von Brotgetreide abgeliefert. Wird nicht dafür gesorgt, daß vorher reichliche Vorräte

aufgespeichert sind, so klopft in diesen Monaten die Not in Gestalt stark verminderter Brottraktion an die Tür des Verbrauchers.

Anfolge der knappen Ernte des Jahres 1917 sind die Verhältnisse in diesem Jahre weit ungünstiger als im vorigen Jahre. Es hat sich nicht vermeiden lassen, für die letzte Zeit vor der neuen Ernte die den Verbrauchern zustehende Mehl- und Brotmenge herabzusetzen. Diese Verabreichung hätte noch stärker werden müssen, wenn nicht damit gerechnet werden dürfte, daß durch schnellen Ausbruch großer Mengen der Vorräte der Vorräte und der Kommunalverbände wieder aufzufüllt werden. Die Vorräte sind geringer als um dieselbe Zeit des Vorjahres, infolgedessen ist auch die Notwendigkeit der Vorräte für die letzten Monate des Kalenderjahres umso größer. Alle Bedenken, die gegen den frühgedrohten Ausbruch und die verstärkte Ablieferung unmittelbar nach der Ernte sprechen, sind sicher von den maßgebenden Stellen vorsätzlich erwohnt. Man ist sich auch wohl dessen bewußt, daß im vorigen Jahre das Wetter die Frühdruckaktion besonders begünstigte, indem das Getreide fast überall trocken hereingebracht und verladen werden konnte, und daß bei ungünstigem Wetter die Gefahren des Frühdrucks erheblich größer sind. Ueber alle diese Bedenken und Gefahren muß man sich aber hinwegsetzen, weil die Vorteile, die der Frühdruck der Volksernährung bringt, unergreiflich größer sind, als die Nachteile, die unter Umständen damit verbunden sind. Selbstverständlich müssen alle beteiligten Stellen die im vorigen Jahre gemachten Erfahrungen bewerten und versuchen, die Organisation noch besser zu gestalten, als im Herbst 1917.

Gesetzvereinfachungen im badischen Justizwesen.

Karlsruhe, 7. Juni. Das badische Justizministerium hat in einem jüngsten Erlaß verschiedene Gesetzvereinfachungen angeregt. Unter diesen befinden sich solche über die Ladung von Beschuldigten, Zeugen und Sachverständigen. Das Justizministerium hält es für wünschenswert, daß die Ladung auch durch einfachen Brief (ohne Zustellungsurkunde) erfolgen kann, wie das bisher schon hier und da geschehen ist. Bei der großen Zahl der Zustellungen von Ladungen in Strafsachen sei von dieser Vereinfachung der Ladung eine außerordentliche große Ersparnis nicht nur von Papier, sondern auch von Arbeit und Kosten zu erwarten. Eine strenge Regel über die Art der Ladung lasse sich aber nicht geben.

Weitere Vereinfachungen, die das Justizministerium vorschlägt, beziehen sich auf die Urteilsfertigung und das Verhandlungsprotokoll. Hier wird angeregt, das Protokoll in gedrängter Fassung protokollieren zu lassen.

Auch für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten schlägt das Ministerium den Gerichten eine Vereinfachung der Ladungen vor. Die Zivilprozessordnung schreibt zwar vor, daß diese Ladungen zuzustellen sind, aber das Justizministerium hat nichts dagegen einzuwenden, wenn das bisher schon von einzelnen Gerichten anderer Bundesstaaten geübte Verfahren, nämlich in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Zeugen und Sachverständige regelmäßig ohne förmliche Zustellung zu laden, nach dem Ermessen der Gerichte auch in Baden Eingang findet.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 7. Juni. Der altkatholische Bischof Dr. Woog, der sich zurzeit auf einer Firmungsreise in Baden befindet, wird am Sonntag, 9. Juni, in der Auferstehungskirche hier selbst predigen.

Na. Aus Anlaß des letzten Fliegerangriffs auf die Stadt Karlsruhe hat auch der Oberbürgermeister von Freiburg namens des dortigen Stadtrats dem Oberbürgermeister von Karlsruhe die herzlichste Teilnahme am Ausdruck gebracht. Auch der preussische Gesandte Erz. v. Eisdorfer hat dem Oberbürgermeister sein Beileid ausgesprochen.

Anmeldung der Fliegergebühren. Alle diejenigen, welche durch den Fliegerangriff auf Karlsruhe am 31. Mai 1918 einen Gebäude- oder Fahrzeugschaden erlitten haben, werden gut tun, sofern sie gegen den Staat eine Entschädigung geltend machen wollen, binnen 14 Tagen auf Zimmer 26 des Amtsgebäudes Formulare zum Stellen entsprechender Anträge entgegenzunehmen. Die Formulare sind ausgefüllt an das Großl. Bezirksamt zurückzugeben. Beschädigte Fahrnisse, vor allem Wägeschiffe, sind in unbedenklichem Zustande aufzubewahren, bis die genaue Feststellung des Schadens durch die hierfür bestellten Sachverständigen erfolgt. Für alle Entschädigungsforderungen und Reparaturen sind schriftliche Belege zu beschaffen und aufzubewahren.

Na. Stundung von Forderungen der Stadthauptkasse. Der Vorstand der Stadthauptkasse wurde vom Stadtrat ermächtigt, die Zahlung von öffentlich rechtlichen und privaten Forderungen der Stadthauptkasse und ihren Nebenkassen für Beträge bis zu 100 Mk. auf Ansuchen bis zu drei Monaten zu stunden. Da sich in letzter Zeit die Anträge auf Stundung solcher Forderungen erheblich vermehrt haben, sei darauf aufmerksam gemacht, daß solche Gesuche nur in ganz dringenden Fällen Aussicht auf Genehmigung haben, da eine Stundung von Forderungen nicht nur die Führung der Kassen-geschäfte erheblich erschwert, sondern auch der Stadtkasse wieder neue Lasten auferlegt, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Zur Verminderung des schriftlichen Verkehrs sollen Stundungsgesuche tunlichst mündlich am Schalter 5 der Stadthauptkasse A, Rathaus, Zimmer Nr. 37, beantragt werden.

Handelsverbot. Das Gr. Bezirksamt (Polizeidirektion) hat dem Wirt Gottlieb Helmhaier hier wegen Unzuverlässigkeit den Handel mit Lebensmitteln mit sofortiger Wirkung untersagt.

Na. Rosenblüte im Stadtpark. Trotz der letzten kühlen Nächte hat sich die Rosenblüte im Stadtpark herrlich entfaltet. Der vor einigen Jahren neu angelegte Rosengarten mit seinen 20 000 Rosenstöcken bildet heute wieder eine farbenfrohe, herrlich duftende Augenweide. Dem Besucher des Rosengartens fallen vor allem die vielen, überreich mit Blumen bedeckten Kant- oder Schlingrosen auf, die teils an den beiden Abschlußwänden im Osten und Westen, teils an Laubengang, teils an der hohen südlichen Abschlußwand angepflanzt sind. Wie schön haben sich dort die Rosen seit ihrer Anpflanzung entwickelt. Kaum zwei Jahre werden sie brauchen, bis zur Vollendung der „Rosenfenster“. Besonders herrlich sind auch in diesem Jahre die Rosenbögen, die da und dort die Wege überspannen. „Tausendblühler“ heißt die eine rotfarbige Ranke, die sich gegenwärtig so reich mit Blumen beladen hat. Auf den Rosenblättern zeigen Hochstammchen von Ranke ihre Schönheit. Wohl tausend Blumen sind auf einem Stammchen zu zählen. — Tausendblühler wirken die Ranke besonders auf den flüchtigen Beschauer, so kommt ein stiller Schönheitsjäger beim Betrachten der vielen Edelrosen auf seine Rechnung. Das hübsche Gartenamt hat es trotz starken Mangels an geschulten Gärtnern unternommen, mit einigen Neuerungen in der Anordnung der Rosen zu beginnen. So wurden mit den früher nahe neben- und hintereinander stehenden Hochstammchen zwei Rosenalleen geschaffen. Neben einer vortrefflichen Gesamtwirkung wurde dadurch erreicht, daß Liebhaber jede einzelne Farbe der Rosen, überall die feinen Schattierungen und Abstönungen, kann man kaum beschreiben. Man muß den Rosengarten aufsuchen, muß Sonnenchein durch Rosenbette fluten sehen, um die volle Schönheit der Blumentönigkeit zu begreifen.

Unfall. Ein hier wohnhafter Schmied wurde gestern vormittag in der Kriegstraße vor dem alten Bahnhofsgebäude von einem Loksalug angefahren, vom Fahrtrabe heruntergeworfen und am Kopfe so erheblich verletzt, daß seine Aufnahme in das Neue St. Vinzenz-Krankenhaus erforderlich wurde.

Taschendiebstähle wurden in den letzten Tagen auf den Märkten am Ludwigplatz sowie am Marktplatz verübt, ohne daß es bis jetzt gelang, die Täter zu ermitteln.

Verhaftet wurden: ein Lehrling aus Durlach, welcher seinem Lehrherrn Waren im Werte von etwa 1000 Mark entwendet hat, sowie ein Tagelöhner aus Berg, ein Tagelöhner aus Jotzim, ein Mechaniker von hier und Vater von Bühl, sämtliche wegen Diebstahls.

Vermischtes.

W.B. Berlin, 7. Juli. (Nicht amt.) Frau Professor Rascowski, die Ehrenvorsitzende des Retteneins, an dessen Spitze sie 20 Jahre hindurch gestanden hatte, ist gestern abend nach kurzem Leiden gestorben.

Zürich, 7. Juni. (Privat.) Der „Tagesanzug“ meldet: In hohen Gebirgslagen in der Schweiz ist Frost und Schneefall eingetreten. Bei 2000 Meter Höhe herrschen 6 Grad Kälte. Es schneit auch in den Hochtälern und fughoher Neuschnee bedeckt die Matten.

Die Travemünder Fischer und die Ludendorff-Spende.

Bk. Berlin, 6. Juni. Bei Gelegenheit der Sammlung zur Ludendorff-Spende zuunehmen unserer Kriegsbeschädigten zeigte sich an vielen Stellen der Gemeinnützigkeit und der Opferfreudigkeit des deutschen Volkes im hellsten Lichte. Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten über Hilfeleistungen örtlicher oder beruflicher Gemeinschaften. Ein besonders glücklicher Einfall haben die Fischer der alten Ostseestadt Travemünde in einem hohen geschätzten Beschlusse verwirklicht: Die Genossenschaft der Travemünder Fischer und die Göttinger- und Schlutuper Fischergenossenschaft fahren mit ihren fischlichen Booten zum Fang aus und führen den gesamten Erlös des Fanges der Ludendorff-Spende zu. Die Schlutuper fischen am Samstag, 1. Juni, als dem Beginn der Opferwoche; die Travemünder haben sich vorbehalten, einen Tag mit günstigem Fangwetter abzuwarten. Die Fischer-gehilfen stellen ihre Mitarbeit ohne Entgelt zur Verfügung. Die Fischer von Travemünde zeigen hiermit, daß sie sich ihrer Pflicht gegen die Kriegsbeschädigten voll bewusst sind und daß sie ihren Dank in die Tat umzusetzen wissen. — Möge ihr Beispiel überall Nachahmung finden!

Luftwärme in Karlsruhe.

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). 6. Juni 3¼ mittags 19,1 Grad; 10¼ abends 13,0 Grad; 7. Juni 8¼ vorm. 12,2 Grad. Höchste am 6. Juni 20,7 Grad; tiefste in der folgenden Nacht 6,2.

Advertisement for Artur Wimpfheimer, Feld-Mag.-Inspektor. Includes a cross logo and text: Die Beisetzung des Herrn Artur Wimpfheimer findet Sonntag, den 9. Juni, vormittags 11¼ Uhr, in Karlsruhe, von der Leichenhalle des neuen israelit. Friedhofes aus statt. 6248. Blumenspenden werden dankend verbeten.

Advertisement for Adolf Haas, Leutnant der Res. und Kompagnieführer. Includes a cross logo and text: Die Beisetzung meines so innig geliebten Gatten Adolf Haas findet Sonntag, 9. Juni, nachmittags 1 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt. B18903. Die trauernde Gattin: S. Haas, geb. Neuer.

Advertisement for Todes-Anzeige. Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe, gute Mutter Katharina Kamm unerwartet rasch heute nacht um 3 Uhr sanft entschlafen ist. Karlsruhe, den 7. Juni 1918. Zähringerstraße 53a. Tochter Maria Kamm. Beerdigung: Sonntag nachmittag 2 Uhr. B18945

Advertisement for Trauerhüte. In jeder Preislage stets vorrätig. 7906. Lina Mack, Putzgeschäft, Ruppurrerstr. 34. Die 42. Beschlagnahmefrei! Kaufe und bezahle gut Lumpen u. auch alten Hut, Leere Flaschen und Papier. Alles wird gewünscht von mir. Höchste Preise! Ich drum. Auf Stärke und Linoleum ob zerissen oder alt. Oder lössig von Gestalt. Alles kann ich brauchen gut. Drum gesucht mit frischem Mut. Eine Karte schreibt man B15402.12.5 bann. An den gut. Sandelmann. Eilig kommt er dann herbei. Kübler, Sinnenstr. 2. Hamburg 23. 2007a.

Advertisement for Städt. Vierordtbad. Heißluft- u. Dampfbäder (russische, römische und russische Dampfbäder). Elektrische Lichtbäder. Damenbadezeit: Montag und Mittwoch vorm. 7—1 Uhr u. Freitag nachm. 8—9¼ Uhr. Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit. Samstag bis abends 9¼ Uhr u. an Sonn- u. Feiertagen während der Kriegszeit geschlossen. Mittags 1—3 Uhr geschlossen. 48

Advertisement for Jede schlechte Handschrift. Wird in ganz kurzer Zeit zu einer schönen umgebildet. Selbst denjenigen, welche in Anbetracht ihres Berufes nur wenig die Feder geführt, kann der beste Erfolg ausgearbeitet werden. Deutsch, Latein, Rondo. Abendunterricht für Herren, Damen und Schüler. Näheres Adlerstraße 3, 2938 3. Stod.

Advertisement for Königsberger Großhandels-Gesellschaft. m. b. H. Königsberg i. Pr. Abteilung Wein-Großhandlung mit eigener Kellerei und elektrisch-hydraulischer Kellerei. Tagesleistung 150 Hekto, in Berncastel-Cues a. d. Mosel empfiehlt bestgepflegte Mosel-, Saar-, Ruwer-, Rhein- u. Rotweine, sowie Schaumweine erster Häuser. Wir bitten, Offerten in Königsberg oder Berncastel-Cues zu verlangen. Probekisten à 50 Flaschen stehen zu Diensten. 188J.13.6

Advertisement for W. I. B. - Telegramme. Erschienen: W. I. B. - Telegramme Band 7 und 8. 256 Druckseiten stark. Die überaus günstige Aufnahme, welche die Bände 1 bis 6 gefunden haben, veranlaßt uns, jetzt den 7. und 8. Band herauszugeben, der die Kriegsergebnisse vom 18. Dezember 1916 bis 31. März 1917 und 1. April 1917 bis 8. Juli 1917 umfaßt. Das Buch besitzt auch für die fernste Zukunft historisch. Wert u. unvergängliches Interesse. Es sollte daher in keinem Hause fehlen. Preis per Stück nur 70 Pfg. durch unsere Geschäftsstellen u. Zeitungsboten zu beziehen. (Nach auswärts 80 Pfg. portofrei). Verlag der „Bad. Presse“, Karlsruhe.

